Aufofreie Bürgermeister-Smidt-Straße gefordert

CDU will zentrale Straße sperren

Autofreie Bürgermeister-Smidt-Straße soll Stephaniviertel besser mit der Altstadt verbinden

Bremen. Die Zukunft der Bremer Innenstadt muss neu gedacht werden. Das ist die Überzeugung des CDU-Kreisverbandes Stadt und ihres Vorsitzenden Jens Eckhoff. Der frühere Bau- und Verkehrssenator hat ein Papier mit Vorschlägen vorgelegt, die insbesondere auf eine attraktivere Erschließung der City abzielen. Wichtigster Punkt ist die dauerhafte Sperrung der Bürgermeister-Smidt-Straße zwischen Martinistraße und Am Wall für den Autoverkehr. So sollen Faulenquartier und Stephaniviertel näher an das eigentliche Zentrum heranzurücken.

Der Vorstoß der CDU fällt in eine Zeit des Umbruchs, und er soll ihn mitgestalten. Bauunternehmer Kurt Zech plant eine Einkaufspassage im Bereich des Parkhauses Mitte, die Sparkasse verlässt ihren Stammsitz am Brill, mehrere prägnante Innenstadtimmobilien wechseln den Besitzer – so viel Bewegung war selten im Zentrum der Stadt. „Durch private Initiativen wird wieder positiv über die Bremer Innenstadt gesprochen“, heißt es gleich im ersten Satz des Papiers. Eckhoff tritt mit dem Anspruch an, die positiven Ansätze durch aktive Stadtentwicklung zur Entfaltung zu bringen. Bereits 2011 hatte der CDU-Kreisverband Stadt Ideen für ein attraktivere Innenstadt formuliert. Manches aus dem neuen Papier liest sich wie eine Fortschreibung der damaligen Thesen.

Beispiel Bürgermeister-Smidt-Straße: Vor sechs Jahren hatten die Christdemokraten angeregt, den Abschnitt zwischen Wall und Martinistraße an Wochenenden für Veranstaltungen zu sperren und so zumindest zeitweilig den Brückenschlag zwischen Altstadt und Stephaniviertel zu bewerkstelligen. Jetzt also die große Lösung.

Der Individualverkehr soll komplett raus aus dem Teilstück der Bürgermeister-Smidt-Straße. Die Straßenbahnen würden statt am Brill und am Wall ungefähr auf der Mitte halten. Damit sich diese Option überhaupt eröffnet, muss der motorisierte Verkehr nach Eckhoffs Überzeugung in einem City-Ring um das engere Stadtzentrum herumgeführt werden. Teile dieses Rings wären unter anderem die Straßen Am Wall, Altenwall, Tiefer, Wilhelm-Kaisen-Brücke, Westerstraße und die Stephanibrücke. „Das war schon vor sechs Jahren richtig, aber jetzt ist es umso wichtiger", sagt Eckhoff. Warum? Weil die Neustadt in den vergangenen Jahren sehr viel vitaler geworden ist und sich dort weitere Bewegung abzeichnet. Das Mondelez-Verwaltungsgebäude steht vor dem Verkauf. Die Brauerei AB Inbev hat den Auszug aus ihrem Büro-Tower bereits angekündigt, und Eckhoff hält es für denkbar, dass sich auf dem flussnahen Industriegelände langfristig noch mehr Veränderungen ergeben. Ziel müsse es sein, nach dem rechten Weserufer auch das linke aufzuwerten und so den Fluss gewissermaßen in die Mitte der Stadt zu rücken. Der City-Ring würde die wesernahen Kernbereiche umspannen und erschließen.

Die Stephanibrücke als Teil dieses Rings sollte nach dem Willen der CDU bei ihrem ohnehin geplanten Neubau deutlich großzügiger dimensioniert werden, um die Verkehre von der Innenstadt in die Neustadt besser sortieren zu können. „Es geht dabei auch um den Abfluss des Verkehrs aus der Überseestadt", sagt Jens Eckhoff. Der stocke schon jetzt häufig, dabei sei das Ende der Neubautätigkeit in dem pulsierenden Stadtquartier noch längst nicht abzusehen. Überhaupt müsse die Anbindung der Überseestadt dringend verbessert werden. Das CDU-Papier enthält die Forderung nach mehr Spuren auf der Eduard-Schopf-Allee und leistungsfähigere Zugänge über Emder Straße, Lloydstraße und Überseetor.

Auch zur Nutzung des mittelfristig leer stehenden Sparkassen-Stammsitzes hat sich die CDU Gedanken gemacht. Das Kreditinstitut hatte im vergangenen Jahr angekündigt, sein Finanzzentrum in den Technologiepark an der Universität zu verlegen. Aus Sicht der Christdemokraten wären die rund 11000 Quadratmeter Nutzfläche ein guter Standort für akademische Einrichtungen. Zusammen mit Hochschulen und Uni sei zu prüfen, „in wieweit eine Nutzung dieser Gebäude für Lehre und Forschung möglich ist".

Auffällig an dem Papier ist die Vielzahl von Vorschlägen, die ebenso gut einem Verkehrskonzept der Grünen entstammen könnten. Die Verbannung der Autos aus Teilen der Bürgermeister-Smidt-Straße, das ausdrückliche Bekenntnis zur „Fahrradstadt Bremen“, der Abriss der Hochstraße in Höhe des Breitenwegs, die Stärkung der Elektromobilität – Jens Eckhoff häuft erkennbar Konsensthemen für eine schwarz-grüne Zusammenarbeit an. Der CDU-Stratege hat die Bürgerschaftswahl 2019 fest im Blick.